



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Zuspitzung der Krise.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73564](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73564)

nichts vernachlässigt, um die friedliche Beilegung der schwebenden Streitfragen zu fördern; sie wird deshalb auch jetzt die Vorschläge des Berliner Kabinetts annehmen, und wenn Osterreich einen Schritt in dem von der deutschen Regierung angegebenen Sinne unternimmt, das heißt, wenn es die Mächte um eine durch Notenaustausch zu erfolgende formelle Sanktion der Veränderung des Artikel 25 des Berliner Traktates bittet, so wird die russische Regierung es sich ihrerseits zur Pflicht machen, diesem Schritte mit dem aufrichtigen Wunsche entgegenzukommen, hierin die Elemente einer Lösung zu finden, die für alle Signatarmächte des Berliner Traktates in gleicher Weise befriedigend wäre.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an die russischen Botschafter in London und Paris vom 4./17. März 1909. — Nr. 363.

Wie wir erfahren, ist die serbische Antwort auf die Mitteilung des Grafen Forgach in Wien nicht als befriedigend anerkannt worden. Ohne in die Prüfung der Einzelheiten dieser Antwort eintreten zu wollen, glauben wir feststellen zu müssen, daß diese Antwort ohne unsere Teilnahme zusammengestellt worden ist und keineswegs den Ratschlägen, die in Belgrad erteilt wurden, entspricht; es scheint jedoch, daß das Wiener Kabinett die Absicht hat, die Verhandlungen mit Belgrad fortzusetzen, und es steht zu erwarten, daß Forgach der serbischen Regierung eine neue Mitteilung zukommen lassen wird. Wir haben die Absicht, in diesem Falle unsern ganzen Einfluß geltend zu machen, um zwischen der serbischen Regierung und dem österreichischen Gesandten ein Einvernehmen zustande zu bringen, das sich auf die Abfassung einer beide Seiten in gleicher Weise befriedigenden definitiven Antwort bezieht, und wir hoffen, daß die Regierung, bei der Sie akkreditiert sind, uns im Interesse des allgemeinen Friedens hierbei unterstützen wird.

Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister Iswolsky vom 4./17. März 1909.

Die Lage verschärft sich. Die Nachrichten, die hier über verstärkte militärische Rüstungen Osterreichs eintreffen, können Serbien veranlassen, zu ähnlichen Maßnahmen zu greifen. Diese

würden von Österreich jedenfalls als Provokation angesehen werden. Andererseits ist die königliche Regierung auf Grund der von Aehrenthal und Forgach abgegebenen Erklärung überzeugt, daß Österreich in seiner nächsten Mitteilung offen verlangen wird, Serbien solle vor allem die bosnisch-herzegowinische Frage auf Grund des österreichisch-türkischen Protokolles als erledigt erklären, um sich auf diese Weise die Teilnahme an der Konferenz zu erleichtern. Serbien wird jedenfalls ebenso wie früher antworten, und dann würde der Zusammenstoß unvermeidlich sein. Simitsch glaubt, daß der einzige Ausweg aus dieser kritischen Lage darin bestehen würde, daß die Großmächte auf die eine oder andere Weise Österreich verhindern würden, direkt mit Serbien zu verhandeln. Der Minister glaubt, daß dieses z. B. durch einen Kollektivschritt der Mächte in Belgrad erreicht werden könnte, indem man dem Belgrader Kabinett vorschlägt, abzurufen. Diesem Verlangen würde die Regierung bedingungslos nachgeben und auf diese Weise Österreich in eine äußerst schwierige Situation Europa gegenüber versetzen. So sonderbar diese Ansicht des Ministers erscheint, so halte ich es dennoch für meine Pflicht, sie Ihnen mitzuteilen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Gesandten in Belgrad vom 4./17. März 1909.

Die Antwort der serbischen Regierung auf die Mitteilung Forgachs hat in Wien nicht befriedigt. Auch die andern Mächte sind der Ansicht, daß die Antwort den jetzigen Verhältnissen nicht entspricht. Man muß annehmen, daß Österreich jetzt noch energischere Forderungen an Serbien stellen wird. Wir sind erstaunt, daß das Belgrader Kabinett, obwohl es augenscheinlich im Prinzip die Notwendigkeit, Österreich nachzugeben, eingesehen hat, unserm Rat nicht gefolgt ist, sich mit Forgach über die endgültige Antwort zu verständigen, die Österreich befriedigt hätte. Man muß nicht vergessen, daß das Wiener Kabinett bei jeder neuen Forderung seine Ansprüche erhöht, und auf diese Weise wird unsere Aufgabe, Serbien nach Möglichkeit bei den diplomatischen Verhandlungen mit den Mächten zu helfen, außerordentlich erschwert. Wie wir schon erklärt haben, kann die serbische Antwort, unter dem Druck von Zwangsmaßnahmen gegeben,

auch wenn in ihr ein kategorischer Verzicht auf Bosnien und die Herzegowina enthalten ist, doch nicht eine entscheidende Bedeutung für das Schicksal dieser Provinzen haben. Diese Frage muß ausschließlich von den Mächten entschieden werden und ihre Ansicht hängt nicht vom Standpunkte der serbischen Regierung ab, sondern stützt sich, wie in Belgrad wohl bekannt, auf Fragen des Rechts und die Notwendigkeit, unter den Mächten ein Einvernehmen zu erzielen. Teilen Sie dies der serbischen Regierung mit und drücken Sie die Erwartung aus, daß diese Erwägungen bei der Redaktion der Antwort in Betracht gezogen werden, da Jorgach wahrscheinlich in nächster Zeit eine neue Mitteilung machen wird.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Jswolsky vom 6./19. März 1909. — Nr. 7.

Der englische Botschafter in Petersburg ist beauftragt worden, Ihnen die Erwägungen seiner Regierung anlässlich des deutschen Vorschlages und unserer Antwort mitzuteilen. Der allgemeine Eindruck ist der, daß der Vorschlag augenscheinlich in Wien inspiriert worden ist und die Absicht verfolgt, eine Konferenz unnütz zu machen; da die Konferenz auch im Projekte unserer Antwort nicht erwähnt wird, so würde die Annahme des deutschen Vorschlages dahin führen, daß die Konferenz durch einen Notenaustausch ersetzt würde. England hat sich zugunsten einer Konferenz hauptsächlich deshalb ausgesprochen, weil Rußland dies wünschte; wenn die russische Regierung es jetzt für möglich hält, auf diesen Gedanken zu verzichten, so ist auch die englische Regierung bereit, sich mit einem Notenaustausch hinsichtlich folgender Fragen zu begnügen: Bosnien, Herzegowina, Türkei, Bulgarien und die Ungültigkeitserklärung des Artikels 29 des Berliner Traktates, welcher sich auf Montenegro bezieht. Grew ist ferner der Ansicht, die russische Regierung müßte noch mit einer Antwort auf den deutschen Vorschlag warten, bis die augenblickliche österreichisch-serbische Krise eine Lösung gefunden hat. Hardinge machte die Bemerkung, daß die in Ihrer Antwort enthaltenen Worte, man müsse befürchten, daß man sich in Wien endgültig für den Krieg entschieden habe, kaum der jetzigen Lage der Dinge entsprechen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Iswolksky vom 9./22. März 1909. — Nr. 10.

Aehrenthal hat dem englischen Botschafter in Wien das Projekt einer serbischen Note mitgeteilt, die Österreich befriedigen würde. Vor allem wird verlangt, Serbien solle zugeben, daß die Annexion Bosniens die serbischen Rechte nicht verletzt habe, und versprechen, daß es in Zukunft die Politik der Opposition und der Proteste hinsichtlich der Annexion aufgeben werde. Grey hat in Wien mitteilen lassen, daß eine solche Forderung erniedrigend sei und eine Entschuldigung für das frühere Benehmen bedeute. Aehrenthal bestand auf seinem Standpunkt, gab aber zu verstehen, daß Österreich den englischen Vorschlag annehmen würde, wenn die Mächte, wenn auch einzeln und in nichtoffizieller Form, ihre Zustimmung zur Annexion geben würden. In der Annahme, daß diese letzte Frage mit dem österreichisch-serbischen Konflikt nicht in Zusammenhang gebracht werden muß, hat Grey die Absicht, wenn die Lage sich morgen nicht verändert, Aehrenthal das Projekt einer Note mitzuteilen. Cartwright wird dabei beauftragt werden, zu erklären, daß dies der letzte Versuch der Mächte ist, Österreich mit Serbien zu versöhnen, und er wird auf die Verantwortung hinweisen, die auf Österreich fallen würde, wenn es so weitgehende Garantien der versöhnlichen Absichten Serbiens abweisen würde. Wenn Aehrenthal das englische Projekt annimmt, so müßten die Vertreter der anderen Mächte ihre Zustimmung geben. Hardinge beriet sich heute gleichzeitig mit dem französischen Botschafter und mir, und wir beide haben uns erlaubt, die Meinung auszudrücken, daß die englische Note nichts enthält, was der Ansicht unserer Regierungen widersprechen würde. Hardinge und Cambon haben beide geäußert, man müsse allzu großen Forderungen Aehrenthals mit Festigkeit begegnen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolksky an die russischen Vertreter in Paris und London vom 10./23. März 1909.

Der deutsche Botschafter hat mir mündlich und vertraulich folgende Mitteilung gemacht: „Die deutsche Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die russische Regierung